



Forum
Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Brigitte Schulz, Judith Dellheim,
Lutz Brangsch, Hasko Hüning,
Bernhard Sander, Klaus Dörre,
Heinz Bierbaum, Friedrich
Steinfeld, Thomas Jaitner

Zeiten- wende



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Die Kommunalwahl in den Niederlanden

Die Wahlen zu den Gemeinderäten fanden unter ökonomisch vorteilhaften Rahmenbedingungen statt. Die Regierung Rutte IV aus Rechtsliberalen (VVD), Linksliberalen (D 66), Christdemokraten (CDA) und Calvinisten (CU) war im Januar gerade erst vereidigt worden und sollte einen Neuanfang darstellen.

Lafontaine bricht mit der Linkspartei

17 Jahre nach seinem Austritt aus der deutschen Sozialdemokratie im Jahr 2005 hat Oskar Lafontaine jetzt auch der Linkspartei den Rücken gekehrt. Auch wenn dieser Schritt des Vollblutpolitikers bundesweit Schlagzeilen macht, kommt er nicht ganz überraschend.

Die Volksrepublik China vor Herausforderungen

In Beijings Großer Halle des Volkes berät der Nationale Volkskongress mit 3.000 Delegierten eine Woche lang über die zukünftige Entwicklung des Landes, und lobt sich nebenbei für die Errungenschaften des Landes.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Der Ukraine-Krieg

Hasko Hüning: Globale Umbrüche in Zeiten neuer Kriege. Klaus von Dohnanyis Plädoyer für eine neue sicherheitspolitische Konstellation in Europa 2

Joachim Bischoff: Der Überfall Russlands, der Wirtschaftskrieg und die Zeitenwende 7

Friedrich Steinfeld: Der Krieg ist zurück in Europa Putins brutaler Angriffskrieg und massiver Kontrollverlust des Westens 11

Die Zukunft des Sozialismus und der Linken

Klaus Dörre: Das Zeitfenster schließt sich! Krieg, Exterminismus und die Utopie des Sozialismus 16

Heinz Bierbaum : Lage und Perspektiven der Linken in Europa 24

Politisches Kräfteressen

Bernhard Sander: NRW-Landtagswahl Selbsternannte Game-Changer vor alten Problemen 29

Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung

Brigitte Schulz: Die Präsidentschaft Joe Bidens und die (un)Vereinigten Staaten von Amerika 35

Thomas Jaitner: Heißer Februar in Spanien. Die Probleme der linken Regierung und die Wahlerfolge der rechtsradikalen VOX 40

Heinz Bierbaum: Eindrücke aus Kuba 45

Forum Gewerkschaften

Peter Schadt/Hans Zobel: Teslas Gigafactory Ein Lehrstück über den grünen Kapitalismus 47

Otto König: Friedenspolitischer Kurswechsel. DGB rückt von friedenspolitischen Positionen ab und stützt Rüstungskurs der Berliner Ampel-Koalition 50

Richard Detje: Warum gehören Gewerkschaften nicht zu den Gewinnern der Pandemie? 53

Jens Becker: »Handelnde und gestaltende Kraft« Zum 50. Todestag von Otto Brenner 59

Rückblicke | Buchbesprechung

Judith Dellheim/Lutz Brangsch: Ein »progressiver innerer Entwicklungsprozess« Zum Tod des NÖS-Vordenkers Herbert Wolf (3.5.1925 – 12.1.2022) 62

Erhard Korn: Das 228-Massaker in Taiwan Vor 75 Jahren wurde ein Aufstand mit 30.000 Opfern niedergeschlagen 66

Impressum | Termine | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Gerd Siebecke: Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush (Filmkritik) 69

Das Zeitfenster schließt sich!

Krieg, Exterminismus und die Utopie des Sozialismus

von ■ Klaus Dörre

Der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC lässt keine Zweifel. Etwa die Hälfte der Menschheit leidet bereits unter den Folgen des anthropogenen Klimawandels.¹ UN-Generalsekretär Guterres erkennt darin kriminelles Versagen beim Klimaschutz. Obwohl sich das Zeitfenster für wirksame Gegenmaßnahmen schließt, steht bereits fest, dass die Hürden für eine Nachhaltigkeitsrevolution künftig noch höher werden. Hauptgrund ist der Krieg. Am 24. Februar 2022 hat die Russische Föderation mit einem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine begonnen. Städte unter Raketenbeschuss, Millionen Geflüchtete, Gefechte an Atomkraftwerken, Zerstörung überlebenswichtiger

Infrastruktur sowie tausende Tote und Verletzte auch unter Zivilisten – das ist die Schreckensbilanz der ersten Kriegswochen.

Seit dem Überfall steht im Westen Versorgungssicherheit politisch wieder vor Klimaschutz. Ein rascher Ausstieg aus der Kohleverstromung ist fraglich geworden, selbst verlängerte Laufzeiten für Atomkraftwerke sind wieder eine Option. Vorrang vor einer friedlichen, inklusiven Gesellschaft (Sustainable Development Goals 16) hat nun auch in Deutschland wieder die Aufrüstung. Laut Bundesregierung soll das Zwei-Prozent-Ziel der NATO bei den Rüstungsausgaben noch übertroffen und dem Militär zusätzlich ein Sondervermögen von 100 Milliarden



Coya, Blatt 7: Welcher Mut

Euro verfügbar gemacht werden. Kanzler Scholz hat diese Entscheidung von oben verfügt. Dennoch scheint Aufrüstung als Antwort auf die Aggression des Putin-Regimes mehrheitlich akzeptiert und politisch alternativlos zu sein. Derweil wird die Grenze zwischen Krieg und Frieden unscharf. Auch in Deutschland ist der Grundsatz, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, außer Kraft gesetzt. Wann die Schwelle überschritten ist, an der waffenliefernde Staaten zur Kriegspartei werden und der Bündnisfall eintritt, entscheidet im Grunde der Aggressor. Geradezu schlafwandlerisch könnte die internationale Staatengemeinschaft in einen dritten Weltkrieg, ja in eine nukleare Auseinandersetzung hineinschlittern. Macht es angesichts solcher Bedrohungen noch Sinn, einer »Utopie des Sozialismus« das Wort zu reden?

Auf eine Kriegssituation ist die »Utopie des Sozialismus« wahrliche nicht zugeschnitten, wie eine Rezensentin zurecht anmerkt.² »Nun herrscht also wieder Krieg in Europa. Die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen wird dadurch ja aber nur noch wichtiger«, schreibt mir Pascal Zwicky, Koordinator des Schweizer Think-Tanks Denknetz, anlässlich eines Podcasts zu meinem Sozialismus-Buch.³ Trotz Zustimmung möchte ich andeuten, was künftig dennoch neu zu durchdenken und analytisch präziser zu fassen ist. Dabei will ich, notgedrungen selektiv und sehr knapp, auf einige Kritikpunkte eingehen, die in den Rezensionen, Kommentaren und Diskussionen zum Buch angesprochen werden.

Deshalb vorab eine Bemerkung zum Feld der Kritik, das sich von der scientific community, genauer: von den Öffentlichkeiten im Fach Soziologie oder den Sozialwissenschaften über die organischen Öffentlichkeiten im Grenzbereich von Wissenschaft und Politik bis hin zu Aktiven in den Klimabewegungen und der politischen Linken reicht. Dass ein Buch, das mit Utopie, Sozialismus und Revolution gleich drei Reizwörter im Titel führt, gespaltene Reaktionen auslösen würde, war mit bewusst.⁴ Darauf, dass harte Kritik zu besseren Entwürfen führen würden, hatte ich geradezu gehofft. Auch auf Verrisse, die, in einigen wenigen Fällen tatsächlich, auf allenfalls oberflächlicher Lektüre beruhen, war ich vorbereitet. Eines fällt jedoch auf. Auf das erste Buchkapitel, das die Vision einer nächsten, nachhaltig-sozialistischen Gesellschaft enthält, geht kaum eine Rezension, kaum ein Kommentar wirklich ein.⁵ Die Vision wird überwiegend mit einem achselzuckenden »Schön wär's!« beiseitegelegt. Das zeugt von einem verbreiteten Utopieverlust nicht nur in den Sozialwissenschaften, sondern vor allem auch in der politischen Linken, der auf einen selbst geschaffenen Ohnmachtszirkel verweist. Bewegt man sich in der Sphäre der sogenannten Realpolitik, heißt es, es fehle an Visionen einer besseren Gesellschaft. Beginnt man, sich eine solche Gesellschaft auch nur vorzustellen, wird rasch »kapitalistischer Realismus« mobilisiert, der jeglichen utopischen Überschuss im Keim erstickt. Wer sich freiwillig in diesen Zirkel begibt, hat schon verloren. Eine politische Linke, die sich eine bessere Gesellschaft nicht mehr vorstellen kann, die den Sozialismus selbst in seiner organischen Verbindung mit Demokratie aufgibt, die sich darauf beschränkt, einen 12-Euro-Mindestlohn mit einer 13-Euro-Forderung zu toppen, macht sich, leider, selbst überflüssig. Unfähig, sich eine bessere Gesellschaft auch nur vorzustellen, verharrt sie, wie Christoph

Lieber in seiner wohlwollenden Besprechung meines Buchs bemerkt, in der »Politik des Negativen«.⁶ Beginnen wir deshalb mit dem Ereignis, das den Utopieverlust verstärken und linke Politik vollständig marginalisieren könnte – dem Krieg gegen die Ukraine.

Putin, der Krieg und die exterministische Gefahr

Im Sozialismus-Buch bin ich auf die Sicherheitsarchitektur, die eine sozialistische Vision zu ihrer Verwirklichung benötigt, im Schlusskapitel eingegangen. Dort heißt es: »Man muss nicht zu den Beschönigern expansiver Bestrebungen des autoritären Putin-Regimes gehören, um anzuerkennen, dass Russland nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs ein legitimes Interesse daran hat, seine Außengrenzen nicht mit konkurrierenden Militärbündnissen wie der NATO teilen zu müssen. Europa ist eben größer als die Europäische Union. Nachhaltige Entspannungspolitik schließt die Anerkennung basaler Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation zwingend ein.«⁷ Ich hatte diese Positionierung mit einem Plädoyer für eine neuen Entspannungspolitik und einen globalen Green New Deal verbunden, der dafür sorgt, dass eine Nachhaltigkeitsrevolution auch im internationalen Staatensystem nicht systematisch Verlierer erzeugt. Umverteilung in Richtung der Peripherien und eine schrittweise Absenkung der globalen Rüstungsausgaben ist dafür ebenso unverzichtbar wie die Verbindung von interstaatlichem Pragmatismus mit einer friedens- und entspannungspolitisch ausgerichteten Bewegungspolitik von unten – so mein Argument im Buch.

Daran halte ich fest, gestehe allerdings ein, dass ich die Aggressivität des Putinismus und die Gefahren, die im Kampf um eine neue Weltordnung angelegt sind, deutlich unterschätzt habe. Dazu einige Anmerkungen. Meine erste Überlegung betrifft die ökonomisch-ökologische Zangenkrise und die imperi-

Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zuletzt schrieb er in Heft 03-2022 von *Sozialismus.de* zu »Sozialer Konflikt um Mobilität und Klimagerechtigkeit«.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die erweiterte Fassung des Nachworts zur 2. (Taschenbuch-)Auflage von »Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution«.

¹ International Panel on Climate Change (IPCC, 2022): Climate Change 2022. Impacts, Adaption and Vulnerability. report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf. Zugriff: 6.3.2022.

² Gerlach, Ingeborg (2022): Rezension zu Klaus Dörre: Die Utopie des Sozialismus. In: Braunschweig Spiegel vom 11. März 2022. braunschweigspiegel.de/rezension-zu-klaus-doerre-die-utopie-des-sozialismus/. Zugriff: 17.3.2022.

³ Das Gespräch mit Pascal Zwicky findet sich unter: www.denknetz.ch/.

⁴ Ein Überblick über einen Teil der mittlerweile zahlreichen Rezensionen, Rundfunksendungen und Podcasts zum Thema findet sich auf meiner Homepage. www.klaus-doerre.de/.

⁵ Eine sehr bemerkenswerte Ausnahme ist die ausführliche Kritik von Michael Brie. In: *Sozialismus.de*, Heft Nr. 12, Dezember 2021: Utopischer Überschuss und nüchterne Analyse. Zu Klaus Dörres Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Michael Brie bereitet ein eigenes Sozialismus-Buch vor: Brie, Michael (2022): *SOZIALISMUS* neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen von der Utopie zur Wissenschaft und zur Großen Transformation. Hamburg.

⁶ Rezension von Christoph Lieber. In: *Sozialismus.de*, Heft Nr. 12, Dezember 2021: Utopie als Methodik politischer Arbeit. Klaus Dörres »verbindende Klassenpolitik«.

⁷ Dörre, Klaus (2021): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*. Berlin, S. 241f.

alen Rivalitäten, die zum Ukraine-Krieg geführt haben. Bemühungen, sich in Putins Kopf zu versetzen, übersehen zumeist eine zentrale Ursache der Eskalation. Die Russische Föderation ist ein Staatesgebilde mit nur noch semiperipherem Status. Auf den »Festungssozialismus«⁸ der Sowjetunion, den Stalinismus und das poststalinistische Sowjet-Imperium folgte nach einem Übergangsstadium mit Offenheit für unterschiedliche Entwicklungswege ein oligarchischer Festungskapitalismus, dessen ökonomische Leistungsfähigkeit hauptsächlich auf dem Export fossiler Energieträger beruht. Bis zu 43% seiner Einnahmen verdankt Russland dem Erdöl und dem Erdgas. Diese Abhängigkeit von seinen Naturressourcen, die trotz begonnener wirtschaftlicher Diversifizierung fortbesteht, impliziert, dass die Russische Föderation ohne radikalen wirtschaftlichen Strukturwandel unweigerlich zu den Verlierern einer Nachhaltigkeitswende in den Abnehmerstaaten gehören würde. Je rascher dort die Abkehr von fossiler Energie gelingt, desto wertloser werden russische Öl- und Gasvorkommen. Das dürfte einer der Hauptgründe dafür sein, dass die Zukunftsszenarien jenes Machtzirkels, mit dem sich der Autokrat Putin umgibt, ausgesprochen düster ausfallen. Die besondere Aggressivität dieses Regimes hat hier eine ihrer wesentlichen Ursachen, denn das Zeitfenster zur Überwindung des semiperipheren Status Russlands schließt sich ebenfalls.

Militär und Bereitschaft zu brutalem Angriffs-Krieg sind die verbleibende Machtressource, die sich halbwegs erfolgreich jedoch nur anwenden lässt, solange der Gegner von russischem Gas und Erdöl abhängig ist. Diese Machtressource setzt das Putin-Regime zu einem Zeitpunkt ein, der als günstige Gelegenheit

erscheint. Der Westen und die NATO sind nach dem Afghanistan-Desaster geschwächt, die EU ist zerstritten und sieht sich in ihrem Inneren mit den Praktiken sogenannter illiberaler Demokratien etwa Polens und Ungarns konfrontiert, und China, das den Westen als neue Hegemonialmacht herausfordert, gilt als mächtiger Verbündeter und zumindest Dulder einer militärischen Intervention.

Mit der Aggression gegen die Ukraine forciert das Putin-Regime deshalb zweitens eine Entwicklung, die ich im Sozialismus-Buch im Anschluss an James Galbraith als »Würgehalsband-Effekt« bezeichnet habe.⁹ In unsicheren Zeiten machen hohe Fixkosten für Gas und Öl die besondere Verwundbarkeit einer auf hohem Ressourcenverbrauch basierenden Wirtschaftsweise aus. Wie das Würgehalsband bei einem Hund verhindert wirtschaftliche und politische Instabilität nicht unbedingt jegliches Wirtschaftswachstum, doch die Preise steigen, durch spekulative Effekte verstärkt, schnell an und die Profitabilität der Unternehmen fällt. Selbst wenn die Preise wieder nachlassen, senkt die mit vom Auf und Ab ausgehende Verunsicherung die Investitionsbereitschaft und Verteilungskämpfe nicht nur zwischen Klassen, sondern auch innerhalb der Staatsapparate und der verschiedenen administrativen Ebenen gewinnen an Intensität.

Der Putinismus verfolgt eine aggressive Hochrisikostategie, um sich diesen Effekt zunutze zu machen und schadet damit letztendlich sich selbst. Schließlich war die EU vor dem Krieg Russlands wichtigster Handelspartner. Durch Sanktionen forciert, werden Krieg und steigende Preise mit destruktiver Wucht auf die Ökonomie auch der Russischen Föderation

VSA: Fünf Hellrote Bändchen für tätige Vernunft

Wir machen im 50. Jahr der Verlagsgründung aus jedem Jahrzehnt unserer Arbeit ein hellrotes Bändchen mit Texten wieder zugänglich, die noch immer für die kritische Arbeit an tätiger Vernunft hilfreich sind.



Louis Althusser
Die Krise des Marxismus
Ein hellrotes Bändchen aus den 1970er Jahren der Verlagsgeschichte
128 Seiten | EUR 14.00
ISBN 978-3-96488-148-9



Ágnes Heller
Theorie der Bedürfnisse bei Marx
Ein hellrotes Bändchen aus den 1980er Jahren der Verlagsgeschichte
128 Seiten | EUR 14.00
ISBN 978-3-96488-149-6



Pierre Bourdieu
Die Intellektuellen und die Macht
Ein hellrotes Bändchen aus den 1990er Jahren der Verlagsgeschichte
128 Seiten | EUR 14.00
ISBN 978-3-96488-150-2



Harald Neubert
Einführung Gramsci
Ein hellrotes Bändchen aus den 2000er Jahren der Verlagsgeschichte
128 Seiten | EUR 14.00
ISBN 978-3-96488-151-9



David Harvey
Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise
Ein hellrotes Bändchen aus den 2010er Jahren der Verlagsgeschichte
128 Seiten | EUR 14.00
ISBN 978-3-96488-152-6

Das vollständige Frühjahrsprogramm mit zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de



Goya, Blatt 17: Sie können sich nicht einigen

zurückschlagen. Das könnte dem Expansionismus Putins allmählich die Massenloyalität entziehen, doch der Westen wird ebenfalls Schaden nehmen.

Chinas Nominalkommunisten, die sich mit eigenen Machtambitionen als Makler zwischen eigener Bevölkerung und ausländischen Kapitalinteressen betätigen, möchten die lachenden Dritten sein. Ob diese Rechnung aufgeht, ist ungewiss, denn die eigentlich Leidtragenden werden die Bevölkerungen der ärmsten Staaten sein. Steigende Preise für Weizen und Mais durch Ernteausfälle und Lieferschwierigkeiten der wichtigen Exportländer Russland und Ukraine, verteuern Mehl und Grundnahrungsmittel. Hunger und Massearmut werden die Folge sein und damit die Tendenz zur Zunahme aller Formen von Armut verstärken, wie sie bereits mit der Corona-Krise eingesetzt hatte.

Dies vor Augen stellt sich drittens die Frage, wie das Putin-Regime analytisch einzuordnen ist. Um es zugespitzt zu formulieren: Die Gründe für den praktizierten Angriffskrieg lassen sich weder auf ökonomische Ursachen reduzieren noch alleine in der zweifelsohne hoch problematischen Ost-Ausdehnung der NATO finden. Der expansive Charakter des Putinismus beruht auf einem Willen zur Akkumulation politischer Macht, dem derzeit weder eine demokratische Zivilgesellschaft noch das politische System Grenzen setzt. Das unterscheidet den Putinismus vom Trumpismus, der – zumindest vorläufig – in einer demokratischen Wahl unterlegen ist. Der Putinismus entfaltet sich frei von solchen Möglichkeiten zu politischer Selbstkorrektur.

Wie im Buch in Anlehnung an Hannah Arendt gezeigt, kann sich das imperiale Streben nach Ausdehnung des eigenen Herr-

schaftsbereichs gegenüber ökonomischen Interessen verselbständigen oder diesen Interessen gar vorauslaufen.¹⁰ Allerdings handelt es sich beim Putin-Regime keineswegs um klassischen Imperialismus und schon gar nicht um eine Renaissance des Sowjetkommunismus. Putin personifiziert einen exterministischen Autoritarismus, der unter den Bedingungen der Zangenkrise auf den Niedergang der einstigen Supermacht Sowjetunion reagiert.

Exterminismus ist eine Wortschöpfung des marxistischen Historikers E.P. Thompson aus der Zeit des Kalten Krieges, eskalierender Blockkonfrontation und wechselseitiger Aufrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen. Mit Exterminismus bezeichnet Thompson diejenigen Mechanismen von Volkswirtschaften, politischen Ordnungen und Ideologien, die »als Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung großer Menschenmassen sein muss«.¹¹ Der Friedensaktivist Thompson wendet diese Kategorie sowohl auf kapitalistische als auch auf staatssozialistische Gesellschaften an. Für ihn

⁸ Derlugian, Georgi (2014): Was war der Kommunismus?, in: Wallerstein, Immanuel/Collins, Randall/Mann, Michael/Derlugian, Georgi/Calhoun, Craig (Hrsg.): Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert. Frankfurt a.M., S. 123-161, hier: S. 131.

⁹ Dörre, Klaus (2021), S. 73 f. Siehe auch: Galbraith, James K./Dörre, Klaus (2018): The great financial crisis and the end of normal. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 28, H. 1-2, S. 39-54.

¹⁰ Dörre (2021), S. 25.

¹¹ Albrecht, Ulrich (1997): Exterminismus, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, S. 1188-1192, hier: S. 1190. Dazu grundlegend: Thompson, Edward Palmer (1980): Notes on Exterminism – the Last Stage of Civilization. New Left Review, Nr. 121, London 1980; sowie: ders. (2016): Notes on Exterminism, The Last Stage of Civilization (Part 2). www.versobooks.com/blogs/3024-notes-on-exterminism-the-last-stage-of-civilization-part-2.

ist Exterminismus, der Drang zur Auslöschung, gleichbedeutend mit dem letzten Stadium menschlicher Zivilisation. Exterminismus hat seine strukturellen Wurzeln in einer beständigen Vergrößerung des militärischen Sektors kapitalistischer wie staatssozialistischer Gesellschaften. Er entfaltet sich in einer (Waffen-)Technologie, die eine Selbstausschöpfung der Gattung Mensch bewirken kann. Er kulminiert in Kriegsgefahr, macht sich aber auch in ökologischen Großgefahren bemerkbar, lässt sich in seinen, vielleicht finalen, Konsequenz aber nicht auf das bewusste, planvolle Handeln mächtiger Eliten zurückführen, wengleich divergente, einander kreuzende strategische Handlungen von gesellschaftlichen Akteuren jede seiner Ausprägungen beeinflussen.

Exterminismus entfaltet sich über Isomorphie, über Pfadabhängigkeiten, wie sie in militärischen Apparaten und politischen Entscheidungszentren entstehen. Deshalb sperrt sich das Exterminismus-Konzept gegen jegliche verschwörungstheoretische Interpretation. Analog zu marxistischen Imperialismustheorien entwickelt, präsentiert es sich als konzeptuelle Alternative zu solchen Ansätzen. Imperialismen erzeugen Gegenkräfte in Gestalt unterworfenen Bevölkerungen, die nach Freiheit und Selbstbestimmung streben. Der Exterminismus bringt – etwa mit der Blockkonfrontation im Kalten Krieg oder beim Kampf um eine neue Weltordnung – eigene Konfliktachsen hervor.

E.P. Thompson hielt es für wahrscheinlich, dass sich der Exterminismus in einem atomaren Krieg entladen würde. Das war hinsichtlich der bipolaren Welt des Kalten Kriege ein Irrtum. Mit der Implosion des Staatssozialismus schien sich deshalb auch die Exterminismus-Diagnose erledigt zu haben, denn der Siegeszug von liberaler Demokratie und Videorecorder hatte, wie viele dachten, auch die Geschichte gesellschaftlicher Evolution an ihr Ende gebracht. Heute wissen wir, dass diese Prognose nicht allein mit Blick auf den veralteten Videorecorder falsch war. Deshalb macht es Sinn, das Exterminismus-Konzept analytisch wiederzubeleben und mit neuen Inhalten zu füllen.

Der Exterminismus Putins mischt Versatzstücke zaristischen Großmachtstrebens mit panslawistisch-völkischem Nationalismus, Sowjetnostalgie und einem Weltbild, das dem Freund-Feind-Schema eines Carl Schmitt entspricht. Diese zusammengebastelte Ideologie soll expansive Absichten legitimieren, doch sie besitzt nichts Attraktives und verfügt über keinen Gesellschaftsentwurf, der positiv ausstrahlen könnte. Ihre Massen-

tauglichkeit beruht auf nationalistischer Mobilisierung, orthodox-religiösem Fundamentalismus und Repression, kombiniert mit Führerverehrung, Gefolgschaft qua Unwissen und verbreiteter Leidensfähigkeit der russischen Bevölkerung. Als nackter Kern des Putinismus bleibt sein Streben nach Ausweitung von Einflussphären, gepaart mit dem Wunsch nach Totalisierung politischer Macht. Es ist dieses Streben, das Madeleine Albright, wie im Buch zitiert, als Hauptmerkmal eines neuen Faschismus bezeichnet. Eines Faschismus, der, das sei hinzugefügt, die Bereitschaft zum eigenen Untergang als Option in seine machtpolitischen Kalkulationen stets einbezieht.

Die Begründung einer sozialistischen Utopie

Die zerstörerischen Kräfte eines exterministischen Autoritarismus vor Augen, werden Auseinandersetzungen um einen Nachhaltigkeits-Kompass umso dringlicher. Auch sie bedürfen jedoch, wie nicht nur Michael Brie und Christoph Lieber in ihren Besprechungen anmahnen, einer Präzisierung und Erweiterung. An dieser Stelle beschränke ich mich auf Anmerkungen zu drei Kritikpunkten – die Kapitalismus- und Krisendiagnose, die zur Begründung der »Utopie« führt, die demokratietheoretische Leerstelle sowie die strategischen Konsequenzen für die politische Linke.

Zunächst zur Kapitalismus- und Krisendiagnose. Michael Brie hält sie für zu katastrophenlastig. Moniert wird die behauptete zerstörerische Dimension kapitalistischer Landnahmen, die ich als Expansionsparadoxon bezeichne.¹² In dieser Kritik Michael Bries, die auch bei Christoph Lieber anklingt, schimmert durch, dass ich die Elastizität, Wandelbarkeit und Anpassungsfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften unterschätze. Kapitalismus sei nicht notwendig auf die Ausplünderung billiger Güter angewiesen. Er könne sich mit guten Kitas und ökologisch angepassten Produktions- und Lebensweisen möglicherweise besser reproduzieren als ohne sie. Und wie zum Beweis dieser These verweist Christoph Lieber auf ihre theoretische Fundierung in Marx' Ausführungen zur Reproduktion des Kapitals.

Ich gestehe ein, dass ich im Bemühen, der sozialistischen Utopie Glaubwürdigkeit zu verleihen, wohl versäumt habe, mich ausführlich und differenziert mit den zahlreichen Konzepten für einen grünen Kapitalismus auseinanderzusetzen. Landnahme und Zangenkrise sind jedoch keine Konzepte, die eine lineare



Verbrechen lohnt sich – Rackets & Bandenherrschaft

Außerdem: Comics aus Kairo | Separatismus
in Bosnien | Pressefreiheit in Hongkong

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Entwicklung hin zu Systemkollaps und Ökozid nahelegen würden. Stattdessen beharre ich, darin »Marburger« und Schüler Frank Deppe, auf antagonistischer Vergesellschaftung,¹³ d. h. auf der Wirksamkeit domestizierender Gegenkräfte. Allerdings verorte ich diese Gegenkräfte nicht mehr ausschließlich, ja nicht einmal in erster Linie in der politischen Ökonomie der Erwerbsarbeit und sozialistischen Arbeiterbewegungen. Die expansive Dynamik des Kapitalismus entfaltet sich im Spannungsverhältnis von systemischem Zwang zur Marktexpansion und der sich daraus ergebenden Anforderung, immer komplexe Selbststabilisierungsmechanismen zu entwickeln. Wir haben es demnach mit einer Doppelbewegung zu tun. Auf der einen Seite bedingt der systemische Zwang zu Marktexpansion und erweiterter Reproduktion des Kapitals, dass sich kapitalistische Marktimperative – Akkumulationszwang, Ausbeutung von Lohnarbeit und ökonomischer Wachstumsdrang – weltweit verallgemeinern. Auf der anderen Seite ist das nur möglich, indem Gesellschaften dafür Sorge tragen, dass Märkte sozial und institutionell eingebettet werden, um überhaupt funktionieren zu können. Das heißt je erfolgreicher der Kapitalismus expandiert, desto aufwendiger und komplexer werden die Selbststabilisierungsmechanismen, die er für eine funktionierende Marktvergesellschaftung benötigt.

Herausragende Selbststabilisatoren sind das Kreditwesen und das Innovationssystem, die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen, organisierte Arbeitsbeziehungen, Einrichtungen der sozialen Reproduktion sowie die institutionellen Regulationen der Gesellschafts-Natur-Beziehungen. Die gesellschaftliche Infrastruktur sichert das Zusammenspiel dieser Selbststabilisatoren. Sie ist unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren von Märkten, weil sie Bildung, Qualifikationen, Forschungseinrichtungen, Kommunikationsstrukturen und Transportwege etc. bereitstellt. Der Kapitalismus ist ein »einzigartige(s) System der Marktabhängigkeit«, das »andauernd in einer Weise und in einem Grade expandieren muss, wie es mit keiner anderen Gesellschaftsform vergleichbar ist. Er kann und muss beständig akkumulieren, beständig nach neuen Märkten Ausschau halten, seine Imperative beständig neuen Gebieten und neuen Lebenssphären, allen Menschen und der natürlichen Umwelt aufzwingen.«¹⁴ Das erklärt, weshalb der Akkumulationsprozess des Kapitals »die unumschränkte Verfügungsmöglichkeit« über »alle Produktivkräfte der Erde« benötigt, soweit diese in den Schranken der Mehrwertproduktion mobil zu machen sind.¹⁵

Die Frage, die sich aufdrängt, lautet, ob und zu welchem Preis es sich aus der Kapitalperspektive noch rentiert, Selbststabilisierungsmechanismen zu entwickeln, die global verflochtenen Märkten Stabilität verleihen könnten. Mein Argument ist hier, dass dies nur gelingt, wenn die Gesellschaften immer größeren Aufwand betreiben und immer umfassendere infrastrukturelle Leistungen finanzieren, um privatkapitalistische Produktion überhaupt noch zu ermöglichen. Vereinfacht gesagt: Gesellschaftlich betrachtet, rechnet sich der Kapitalismus nicht mehr.

Der Krieg verschärft dieses Problem. Die Mittel, die demokratischen Gesellschaften zur Verfügung stehen, um sich gegen die Aggression autoritär-exterministischer Regime zur Wehr zu setzen, sind beschränkt. Der größte Fehler wäre es jedoch den Staat des Ausnahmezustands, wie er während der Corona-

Epidemie auf Zeit und noch innerhalb verfassungsrechtlicher Normen entstanden ist, nunmehr aufgrund von Naturkatastrophen oder Kriegen auf Dauer zu stellen. In der politischen Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine, die groß angelegte Aufrüstungsprogramme für alternativlos erklären und ohne gesellschaftliche Debatte zu einem zeitlich unbegrenzten Verfassungsgebot machen wollen, deutet sich jedoch genau dies an. Denn trotz russischer Aggression gibt es für gigantische Aufrüstungsprogramme keinen Grund. Schon jetzt übersteigen die Rüstungsetats der NATO-Staaten das entsprechende Budget der Russischen Föderation um ein Vielfaches. Streitkräfte mit strikt defensiven Aufgaben, aber stark genug, exterministischen Regimen die Stirn zu bieten, ließen sich selbst mit reduzierten Wehr-etats gut finanzieren.

Doch weshalb gibt es kein Sondervermögen für einen nachhaltigen Klimaschutz? Stellt man die Frage so, wird der latente Exterminismus sichtbar gemacht, der sich auch in liberalen Demokratien durchsetzen kann. Geld, das in expandierende Rüstungsetats fließt, wird fehlen, wenn es um die rasche Bekämpfung des Klimawandels und die soziale Abfederung des ökologischen Gesellschaftskonflikts geht. Das vor Augen, möchte ich weder die Reformspielräume innerhalb kapitalistischer Gesellschaften kleinreden, noch den latenten Exterminismus kapitalistischer Gesellschaften und ihrer Eliten unterschätzen, der sich im Kampf um eine neue Weltordnung einstellen könnte.

Das führt mich zu einem zweiten Problem, der vielfach mo- nierten demokratietheoretischen Schwachstelle meines Buchs.¹⁶ Michael Brie setzt sich kritisch mit meinem Plädoyer auseinander, Mehrheiten für eine Nachhaltigkeitsrevolution gewinnen zu wollen. Dieses Postulat verfehle, so Brie, den von Rousseau entdeckten Widerspruch zwischen dem Gemeinwillen und dem Willen der Vielen. Als Beispiel für das revolutionäre Wirken von Minderheiten nennt er die Bundesverfassungsrichter und ihr mutiges Urteil, das ökologische Nachhaltigkeit als Verfassungsziel einklagt.¹⁷

Nun habe ich gegen solche Urteile nicht das Geringste einzuwenden. Im Gegenteil sie sind ein Beleg für das, was ich im Anschluss an Katharina Pistor als transformatives Recht bezeichne und als eine zentrale Dimension nachhaltig-sozialistischer Transformation betrachte.¹⁸ Allerdings urteilen Verfassungsrichter mit demokratischer Legitimation. Dergleichen gibt es, trotz Trump, beispielsweise in den USA. Ebenso wie der russische Oligarchenkapitalismus kennt die chinesische Kapitalismusvariante solche Institutionen nicht. Daraus ergibt sich für mich tatsächlich eine Positionierung, die gewohnte linke Feindbilder infrage stellt: »Die Durchsetzung eines Modus globaler Kooperation, der auch das innergesellschaftliche Aggressions-

¹² Brie (2021), S. 16.

¹³ Deppe, Frank (2021): Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven. Hamburg.

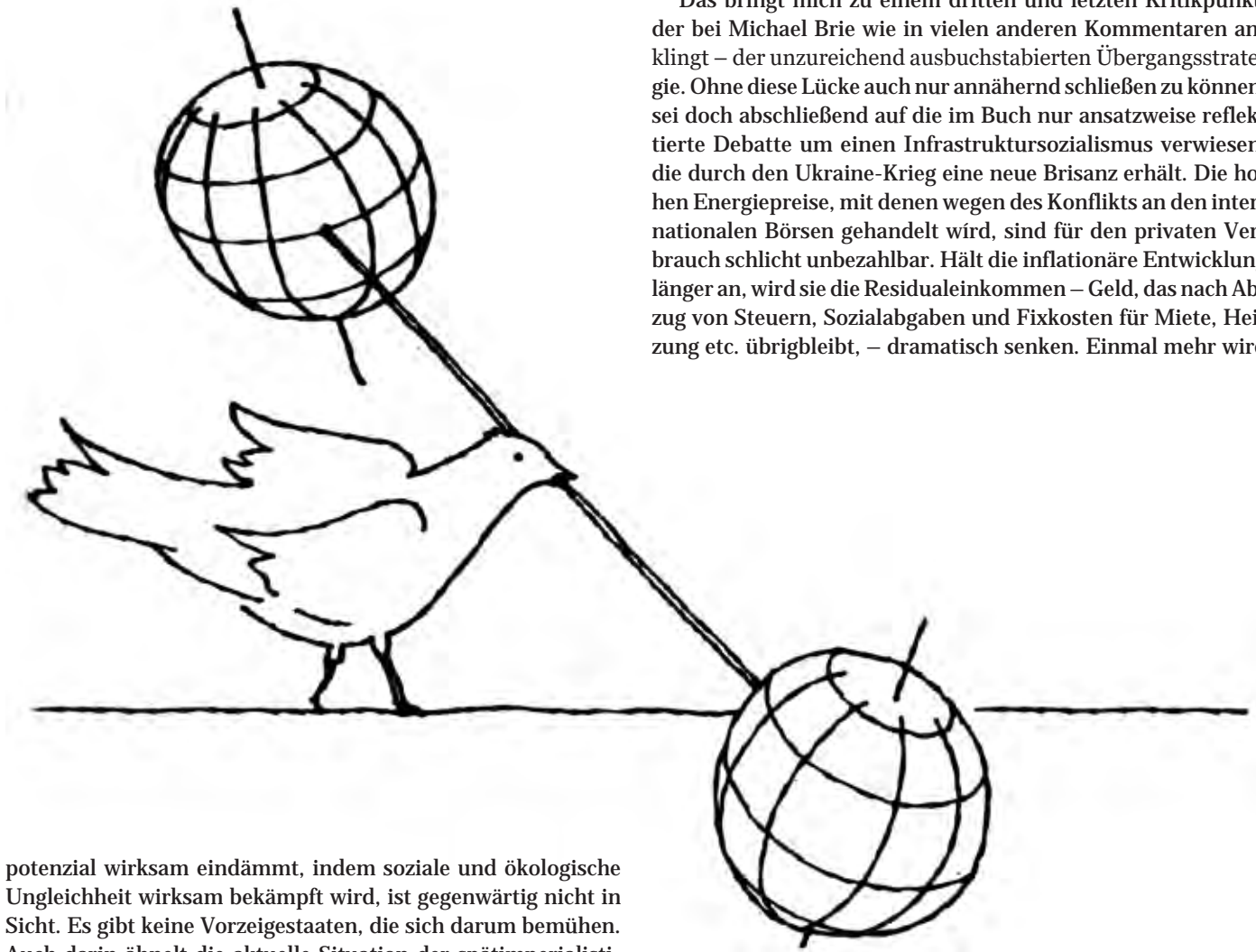
¹⁴ Wood, Ellen Meiksins Wood (2015): Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche, Ausgewählte Werke Band 1, Hamburg, S. 115.

¹⁵ Luxemburg, Rosa (1975 [1913]): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesammelte Werke Band 5. Berlin, S. 5-412. (1975), hier: S. 312.

¹⁶ Vgl. dazu beispielsweise die Rezension von David Salomon (2022): Sozialismus, Wissenschaft, Utopie, in: Z., Nr. 129, S. 242-246.

¹⁷ Brie (2021), S. 17.

¹⁸ Dörre (2021), S. 118f.; siehe auch: Pistor, Katharina (2020): Der Code des Kapitals. Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft. Berlin.



potenzial wirksam eindämmt, indem soziale und ökologische Ungleichheit wirksam bekämpft wird, ist gegenwärtig nicht in Sicht. Es gibt keine Vorzeigestaaten, die sich darum bemühen. Auch darin ähnelt die aktuelle Situation der spätimperialistischen Phase des frühen 20. Jahrhunderts. Allerdings stehen demokratisch legitimierte Eliten und die von ihnen repräsentierten Staaten sozialistischen Bewegungen in jedem Falle näher als despotische Regime, die den oppositionellen Kräften im Inneren elementare Grund- und Freiheitsrechte vorenthalten. «¹⁹

An dieser Positionierung halte ich uneingeschränkt fest. Sie schließt allerdings auch ein, latenten Exterminismus, wie er in einem Verfassungsgebot zu permanenter Aufrüstung (Zwei-Prozent-Ziel, Sondervermögen Bundeswehr) ohne zeitliche Begrenzung festgeschrieben werden soll, schonungslos zu kritisieren. Hier gilt uneingeschränkt, was schon Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an den Bolschewiki unmissverständlich klar gemacht hat. Selbst die schlechteste demokratische Institution ist besser als das, was entsteht, wenn diese Institutionen beseitigt werden.²⁰ Jenseits dieser Prämisse gibt es demokratietheoretisch und -praktisch viel zu tun. Wie verträgt sich die Notwendigkeit rascher Entscheidungen mit der institutionellen Schwerfälligkeit parlamentarischer Demokratien? Auf welche Weise können liberale Demokratie und die von mir vorgeschlagenen Transformationsräte interagieren? Ist es realitätstauglich, die Ausweitung direkter Partizipation auf allen Entscheidungsebenen mit der Notwendigkeit zentraler Planung in Einklang zu bringen? Hier bleiben meine Überlegungen zugegeben lückenhaft.

Das bringt mich zu einem dritten und letzten Kritikpunkt, der bei Michael Brie wie in vielen anderen Kommentaren anklängt – der unzureichend ausbuchstabierte Übergangsstrategie. Ohne diese Lücke auch nur annähernd schließen zu können, sei doch abschließend auf die im Buch nur ansatzweise reflektierte Debatte um einen Infrastruktursozialismus verwiesen, die durch den Ukraine-Krieg eine neue Brisanz erhält. Die hohen Energiepreise, mit denen wegen des Konflikts an den internationalen Börsen gehandelt wird, sind für den privaten Verbrauch schlicht unbezahlbar. Hält die inflationäre Entwicklung länger an, wird sie die Residualeinkommen – Geld, das nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und Fixkosten für Miete, Heizung etc. übrigbleibt, – dramatisch senken. Einmal mehr wird

sich dann zeigen, dass kapitalistischer Besitz als expansives dynamisches Prinzip zur Evolution immer aufwendigerer Schutzmechanismen zwingt.

Gleich wie sich Krieg und militärische Konfrontation entwickeln, sie werden das Ende des Marktradikalismus beschleunigen. Selbst Aufrüstung und Kriegswirtschaft lassen sich ohne Planung nicht betreiben. Der britische Kriegskapitalismus, der den Zweiten Weltkrieg überdauerte, bietet eine historische Folie für das, was an Staatsinterventionismus auch innerhalb der EU kommen könnte und teilweise bereits Realität ist. An diesem Staatsinterventionismus können, ja müssen demokratische Gegenkräfte ansetzen, denn auch der neue Autoritarismus wird ihn zum Kampffeld machen. Deshalb ist bloße Staatsaffirmation genauso fehl am Platze wie fundamentalistische Staatskritik. Sinnvoller ist es, nach Ansatzpunkten für einen nachhaltigen Infrastruktursozialismus²¹ zu suchen, der mit Investitionen in die Ökonomie des Alltagslebens und die Daseinsvorsorge unmittelbar praktisch werden kann.

Volkswirtschaften entwickelter Kapitalismen gliedern sich in Sektoren mit vorwiegend unbezahlter Sorgearbeit, in Bereiche der monetär erfassten Daseinsvorsorge (Beispiel Gesundheitsversorgung, Energie), die grundlegende (Lebensmittel) und die

erweiterte Nahversorgung (Gastronomie), die in Teilen exportorientierte Marktökonomie (Auto- und Zulieferbranche) sowie die Rentenökonomie (Aktien-/Immobilienmärkte). In ihrem Gebrauchswert besonders hoch zu gewichten sind jene Leistungen, die der Daseinsvorsorge, der grundlegenden und der erweiterten Nahversorgung zuzurechnen sind. Zurückzubauen wäre in erster Linie die Rentiers-Wirtschaft, die Exportwirtschaft würde umgebaut. Hingegen müssten die Bereiche der Daseinsvorsorge und der Nahversorgung wachsen. Eine solche Aufwertung der Alltagsökonomie öffentlicher Güter ist für nachhaltige sozialistische Programmatiken hochgradig anschlussfähig, zumal sie vornehmlich redistributive Fokussierungen überwindet.

Als Alternative zu kapitalistischem Expansionismus, aber auch zu Schrumpfungspostulaten, die sich allenfalls als Orientierung für Subkulturen von Minderheiten eignen, bietet sich ein Übergang zu nachhaltiger Qualitätsproduktion an. Dies würde bedeuten, stofflich weniger, dafür aber qualitativ höherwertigere Güter herzustellen und zu konsumieren, die für alle zugänglich sind. Weichenstellungen zugunsten langlebiger Güter sind ohne den Bruch mit Produktionsabläufen, die primär von Märkten und Konsumenten her konzipiert werden, nicht durchzusetzen. Der Übergang zu nachhaltiger Qualitätsproduktion kann nur gelingen, sofern die Erzeugnisse einer solchen Produktionsweise trotz höherer Preise auch noch von den untersten Einkommensgruppen konsumiert werden können. Dergleichen ist ohne die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten niedriger Einkommen und von den wirtschaftlichen Zentren hin zu den Peripherien ausgeschlossen.

Mit genossenschaftlichem und kommunalem Eigentum, finanziert über eine gerechte, rückverteilende Steuerpolitik und kombiniert mit ausgebauten sozialen Diensten eignet sich Infrastruktursozialismus, um allen Bürger*innen ein sorgenfreies Leben zu ermöglichen (SDG neun). Infrastruktursozialismus bricht mit der Ökonomie der billigen Güter und der Abwertung reproduktiver Tätigkeiten. Er entspricht damit der so dringend nötigen Suche nach einem Notausgang, der aus der Zangenkrise herausführt. Infrastruktursozialismus bedeutet, Produktionsweisen, Institutionen, Arbeits- und Lebensweisen, die den Alltag der Menschen überhaupt erst gewährleisten, in besonderer Weise zu schützen. Er koppelt diese Bereiche so weit wie möglich von privaten Gewinninteressen und Konkurrenzmechanismen ab. Ihm geht es um weit mehr als um staatliche Gelder für Straßen, Kliniken, Kitas und schnelles Internet. Er zielt auf eine Stärkung demokratisch-zivilgesellschaftlicher Macht – einer Macht, die Menschen für kooperative, freiwillige kollektive Aktionen verschiedenster Art mobilisiert.

Infrastruktursozialismus ist ein graduelles Konzept, das die Allokation von Ressourcen, die Kontrolle über die Produktion und Distribution der erzeugten Güter zivilgesellschaftlichen Akteuren überantwortet und alles stärkt, was der eigentlichen Lebensproduktion und Daseinsvorsorge dient. Die Aufwertung und Rückgewinnung öffentlichen Eigentums in der Produktion lebenswichtiger Güter – vom Impfstoff bis zu (Weiter-)Bildung und Mobilität – ist für ihn unverzichtbar. Das unterscheidet den Infrastruktursozialismus von primär markt-, technik- und staatszentrierten Strategien zur Bearbeitung der Zangenkrise, die sich innerhalb des kapitalistischen Expansionismus bewe-

gen. Und: Infrastruktursozialismus ist ein graduelles Konzept. Im strategierelevanten Energiesektor ließe sich mit dem beschleunigten Übergang zu erneuerbaren Energien und dezentraler Bürgerenergie sofort höchst praktische Schritte einleiten. Solaranlagen auf allen Hausdächern, Wärmepumpen und Wärmedämmung aber auch Energieeinsparungen wären ein höchst praktischer, infrastruktursozialistischer Schritt.

Selbstverständlich gibt es keine Gewähr dafür, dass entsprechende Weichenstellungen tatsächlich gelingen. Die Geschichte ist offen, sie kennt kein Ziel; einen Determinismus, der zu einer besseren Gesellschaft führt, gibt es nicht. Hoffnung gibt, dass Entwürfe einer besseren, weil nachhaltigen Gesellschaft in den Klimabewegungen, aber auch in Gewerkschaften, Umweltverbänden, politischen Parteien und der scientific community mittlerweile ernsthaft diskutiert werden. Das signalisiert den Gebrauchswert konkreter Utopien, über den Oscar Wilde schreibt: »Eine Weltkarte, in der Utopia nicht verzeichnet ist, ist keines Blickes wert, denn sie unterschlägt die Küste, an der die Menschheit ewig landen wird.« Der Dramatiker weiß auch um die Basisregel, der jeder Versuch, konkrete Utopien jenseits des Kapitalismus zu verwirklichen, zu folgen hat: »Ungehorsam ist für jeden Geschichtskundigen die eigentliche Tugend des Menschen. Durch Ungehorsam entstand der Fortschritt, durch Ungehorsam und Aufsässigkeit.«²² Wieder einmal sind es die Klimabewegungen, die diesen Worten Taten folgen lassen – mit Zehntausenden auf Demonstrationen gegen den russischen Angriffskrieg, aber auch mit der unmissverständlichen Forderung nach dem, was anstelle steigender Rüstungsausgaben wirklich hilft: ein Importstopp für russisches Erdgas und Erdöl, das zugleich die radikale Abkehr von fossilen Energien erzwingt.

¹⁹ Dörre (2021), S. 243.

²⁰ Luxemburg stellt klar, dass »der >schwerfällige Mechanismus der demokratischen [Institutionen – Einfügung aus der Fußnote zum Text – KD]< ein kräftiges Korrektiv hat – eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung – trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten etc. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.« Luxemburg, Rosa (1979 [1925]): Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin, S. 332–365, hier: S. 355f.

²¹ Zur Fundamentalökonomie und Infrastruktursozialismus siehe: Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin; Cumbers, Andrew (2014): Renewing Public Ownership: Constructing a Democratic Economy in the Twenty-First Century; classonline.org.uk/docs/Renewing_Public_Ownership_-_Andrew_Cumbers_FINAL.pdf (Zugriff: 14.2.2022); Plank, Leonhard/Prausmüller, Oliver (2020): Ist die Zukunft öffentlich? In: Makroskop. Magazin für Wirtschaftspolitik, S. 1-8; www.researchgate.net/publication/348369826_Ist_die_Zukunft_öffentlich (Zugriff: 14.2.2022); Dörre, Klaus (2021c): Land in Sicht! Nachhaltiger Infrastruktursozialismus als Ausweg aus der Zangenkrise, in: Kurswechsel 4/2021, hrsg. von Oliver Prausmüller, S. 83-94.

²² Wilde, Oscar (2004): Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus. In: ders.: Essays. Band 3 der Neuen Zürcher Ausgabe. Frankfurt a.M. Den Hinweis verdanke ich Konstantin Weckers Album »Utopia« und dem darin enthaltenen Song »Willy 2021«.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

